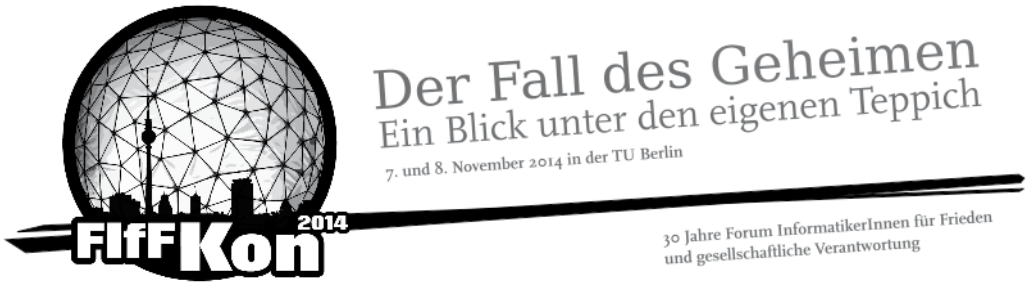




**FIfF-Konferenz 2014**

# Der Fall des Geheimen – Ein Blick unter den eigenen Teppich

*Wir haben die Rolle Deutschlands und der deutschen Geheimdienste im Kontext der älteren und jüngeren Erkenntnisse – von Echelon über Prism bis Eikonal – zusammen mit rund 400 Besucherinnen und Besuchern beleuchtet und Handlungsoptionen erarbeitet. Natürlich muss die Bearbeitung nun weitergehen.*

Am 7. und 8. November 2014 lud das FIfF – Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung – zur FIfF-Konferenz 2014 ein. Dabei warfen wir den längst überfälligen Blick unter Deutschlands eigenen Geheimdienst-Teppich, denn spätestens nach den jüngsten Enthüllungen zur Rolle Deutschlands im globalen Geheimdienstroulette ist es absurd, nur mit dem Finger über den Atlantik oder auf die Britischen Inseln zu zeigen. Insbesondere Deutschland agiert willentlich als Dreh- und Angelpunkt globaler geheimdienstlicher Aktivitäten und treibt die flächendeckende Überwachung voran.

Wir wollten die Rolle der deutschen Geheimdienste beschreiben und verstehen, wie die Überwachungssysteme gebaut sind, nach welchen Menschen- und Weltbildern sie konzipiert und in welchen Kontexten sie verwendet werden. Mit Experten, Betroffenen, Politikern und der Öffentlichkeit wurden technische, politische, rechtliche, wirtschaftliche und historische Aspekte betrachtet – von Echelon über Prism bis Eikonal. Die Zusammenarbeit von Geheimdiensten, deutschen Telekommunikationsanbietern und Technikern bedarf der besonderen Aufmerksamkeit.

Nötig ist der Blick unter den eigenen Teppich auch, weil die deutsche parlamentarische Aufklärungsarbeit zu den Machenschaften von NSA, GCHQ, BND und Co. nur schleppend vorankommt und angesichts der systematischen Missachtung von Menschenrechten und Grundrechten durch die deutschen Geheimdienste halbherzig wirkt. Zudem sabotiert die Bundesregierung das parlamentarische Unterfangen absichtsvoll und maßgeblich: Sei es durch fast durchgehend geschwärzte oder gänzlich zurückgehaltene Dokumente, durch die Verhinderung von Zeugenvernehmungen oder durch monatelange Verzögerungen. Die Regierung und ihre Geheimdienste haben offenbar aktiv vergessen, dass sie eigentlich vom Parlament kontrolliert werden sollten und nicht andersherum.

Ute Bernhardt, Matthias Bäcker, Wolfgang Coy, Hans-Jörg Kreowski, Constanze Kurz, Wolfgang Nešković, Frank Rieger, Anne Roth, Ingo Ruhmann, Peter Schaar, Erich Schmidt-Eenboom, Patrick Sensburg, Hans-Christian Ströbele, Gregor Wiedemann und Andy Müller-Maguhn trugen mit ihren Vorträgen zum Gelingen der Konferenz bei. Das *Nö-Theater* führte am Samstagabend das Stück *V wie Verfassungsschutz* auf.

Auf den folgenden Seiten dokumentieren wir die Beiträge unserer Referentinnen und Referenten zur Konferenz. Dazu haben wir ihre Vorträge zusammengefasst. Natürlich gilt wie immer das gesprochene Wort: Alle Vorträge wurden aufgezeichnet und sind über die Konferenz-Web-Seite *https://fiffkon.de* unter *https://fiffkon.de/medien.html* zugänglich.

*erschienen in der FIfF-Kommunikation, herausgegeben von FIfF e.V. - ISSN 0938-3476 www.fiff.de*

*erschienen in der FIfF-Kommunikation, herausgegeben von FIfF e.V. - ISSN 0938-3476 www.fiff.de*

**FIfF-Konferenz 2014**

# Gleiche Brüder, gleiche Kappen?

## Zusammenfassung des Vortrags von Erich Schmidt-Eenboom

Es scheint fast so, als gäbe es einen neuen Auftrag der US-amerikanischen Geheimdienste, und zwar jeden Staat der Welt, alle wichtigen Akteure aus Militär, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft zu überwachen. Doch dieser Auftrag besteht nicht erst seit Kurzem und auch nicht seit 9/11, sondern schon seit Juni 1946. Dies war die *Basic Intelligence Directive*, doch 28 Nachrichtendienste haben länger als 50 Jahre dieses Ziel verfehlt.

Seit ca. 2009 kann die *National Security Agency* (NSA) jedoch fast alles abgreifen, sodass die Liste dessen kürzer wäre, was sie nicht abgreifen kann. Angriffe auf täglich eine Million Ziele und terabyteweise Daten sind das Resultat von 10 Milliarden USD pro Jahr und ca. 100.000 Mitarbeitern. Ergebnisse sind z. B. 122 abgehörte Staatschefs und die *Special Collection Services*, also Abhörstationen von CIA und NSA in ca. 80 US-Botschaften weltweit.

In diesem Vortrag werden grundsätzlich zwei Fragen behandelt: Welche Informationen aus Snowdens Enhüllungen sind tatsächlich neu? Und zweitens: Gibt es Wirtschaftsspionage gegen die Bundesrepublik Deutschland?

Die Frage, was an den Enthüllungen neu ist, kann natürlich nur mit einem Blick in die Geschichte beantwortet werden. Obwohl die Politik aktuell überrascht tut und von nichts gewusst haben will, ist die Liste der bekannten Unterwanderungen durch Geheimdienste doch lang. Schon in der jungen BRD informierte ein Mitarbeiter Reinhard Gehlens diesen darüber, dass Bundeskanzler Konrad Adenauer abgehört würde. Gehlen, Direktor des BND und der Vorläuferorganisation *Operation Gehlen*, reichte die Informationen dann an Adenauers Staatssekretär Hans Globke weiter. Nur beiläufig sei darauf verwiesen, dass sowohl der Mitarbeiter Gehlens, Gehlen selbst als auch Globke zur Nazizeit hohe Positionen bekleideten.

Die US-Geheimdienste blieben auch danach weiter am Ball. Von 1965-1987 entstanden 13.347 Seiten Aktenmaterial. Von deutschen Melderegistern bis hin zu Siemens wurde das technisch Mögliche getan. Bei Siemens ging es speziell um die Überwachung der Exporte. Die zuvor angesprochene Spionage aus US-Botschaften heraus betraf laut James Bamford schon 1986 die Hälfte der Auslandsvertretungen. Das ging sogar so weit, dass die NSA 1987 den BND bat, in drei Staaten, in denen die USA

keine diplomatischen Vertretungen besaßen, mit Hilfe von US-Technik an deutschen Standorten aktiv zu werden. In der Konsequenz war den deutschen Stellen die Technik der NSA schon länger bekannt, weil sie diese selbst – wenn auch stellvertretend – verwendet hatten. Im Jahre 1993 dann forderte der Geheimdienstkoordinator im Kanzleramt, Bernd Schmidbauer, eine nachrichtdienstliche Rundumverteidigung, weil die angelsächsischen Freunde im deutschen Wirtschaftsraum spionierten.

Seit 1942 gab es zusätzlich die *Five Eyes* genannte weltweite Zusammenarbeit der Geheimdienste der USA, Großbritanniens, Kanadas, Australiens und Neuseelands. Gemeinsam spähen sie politische, wirtschaftliche und auch gesellschaftliche Akteure aus. Dies führte im November 2002 zu der Forderung des Europäischen Parlaments, dass man umgehend mit den USA Verhandlungen aufnehmen müsse, um die Datensicherheit der EU-Bürger und den Schutz vor Wirtschaftsspionage (*competetive* intelligence) zu gewährleisten. Diese ernsthaften Bestrebungen versandeten jedoch mit den Eindrücken und Auswirkungen der Anschläge vom 11. September.

## Die Enthüllungen

Interessanterweise kann man zwischen den Snowden-Veröffentlichungen und Artikeln der Fachzeitschrift *Intelligence online* aus den Jahren 2000 bis 2012 viele Parallelen erkennen. Die Fachpresse berichtete regelmäßig über die technologischen Fortschritte der NSA für deren alltäglichen Gebrauch. Dazu gehört, verschlüsselten Verkehr automatisiert zu extrahieren oder Internettelefonie (VoIP) in über 40 Sprachen mit Hilfe von künstlicher Intelligenz zu analysieren.

Diese Fähigkeiten werden auch gegen Deutschland verwendet. Das wissen wir deshalb, weil das Auswärtige Amt (AA) eine Liste mit Firmen vorhält, die hoheitliche Aufgaben für die USA übernehmen. Derartige Aktivitäten sind nämlich in Deutschland detailliert bis hin zum Aufgabenbereich meldepflichtig. Zudem finden sich in der Fachpresse auch Ausschreibungen für bestimmte Positionen, bspw. im Jahre 2013 vom Internetprovider Level3 für einen *Analytiker für soziale Netzwerke*, Standort Stuttgart-Vaihingen, also am Sitz des EUCOM und des AFRICOM.

Somit mutet es seltsam an, dass der Präsident des Verfassungsschutzes im November 2013 die USA gebeten hatte, ihm eine Liste der US-Kontraktoren zukommen zu lassen, obwohl er diese auch direkt vom Auswärtigen Amt hätte bekommen können.

Doch auch auf der anderen Seite gibt es bemerkenswerte Verhältnisse. Die NSA gibt ca. 70 % ihres Budgets für private Kontraktoren aus. So entsteht ein nachrichtendienstlich-wirtschaftlicher Komplex, der wiederum großen Einfluss auf die Politik ausübt. Zur Verdeutlichung dieser Machtsituation kann man sich vor Augen halten, dass im Jahr 2013 ca. 1,4 Mio. Menschen in den USA berechtigt auf Geheimmaterialien zugreifen konnten, 700.000 davon waren Angestellte der Privatwirtschaft – und Snowden war einer davon. Hoffentlich finden sich darunter noch andere mutige Menschen, die den Schritt zum Whistleblower wagen.

## Weitere Zeugen

Doch nicht nur das Auswärtige Amt ist über derartige Machenschaften informiert. Dazu ein Beispiel des Bundesfinanzministeriums: Im Jahre 2007 erfuhr der damalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, dass sich viele deutsche Banken aus der Finanzierung von Irangeschäften zurückgezogen hätten, aber die BAF (eine Deutsche-Bank-Tochter) und die Deutsche Genossenschaftszentralbank in die Bresche gesprungen waren. Steinbrück wurde nämlich von einem Staatssekretär des US-amerikanischen Schatzministeriums darauf hingewiesen, dass die US-Amerikaner auch den BND darüber in Kenntnis gesetzt hatten. Man wusste also genau, dass die Transaktionen deutscher Geldinstitute voll im Visier der US-Geheimdienste stehen.

## Phantomschmerz Wirtschaftsspionage?

Zwar gab es viele Klagen deutscher Unternehmen über eine mögliche Wirtschaftsspionage, doch in Snowdens Dokumenten finden sich zwar generelle Programme wie *Trackfin*, mit denen europäische Banküberweisungen abgefischt werden, aber keine dezidierten Hinweise auf Wirtschaftsspionage gegen deutsche Unternehmen.

So behauptete der Präsident des Bundesverfassungsschutzes Hans-Georg Maaßen im Handelsblatt, dass es keine von den US-Amerikanern betriebene Wirtschaftsspionage in Deutschland gäbe.

In den Wikileaks-Dokumenten finden sich jedoch allerlei gegenteilige Informationen. Als Stichwort sei der interessierten Person das *Bundesamt für Ausfuhr* oder kurz *Bafa* ans Herz gelegt. Dazu treten 101 Geheimdokumente zutage, die eine klare Sprache über Wirtschaftsspionage der US-Amerikaner in Deutschland sprechen. Das Vorgehen ist fast immer das gleiche: Der US-amerikanische Botschafter in Berlin bekommt eine Weisung vom US-Außenministerium mit Hinweisen auf unerwünschte/dubiose Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik. Er wird dann im Auswärtigen Amt in einem sogenannten Non-Paper vorstellig. Diese Non-Paper existieren natürlich offziell nicht und können somit auch nicht durch parlamentarische Kontrollen oder Untersuchungsschüsse überprüft werden. Der Inhalt dieser Non-Paper wird vom Auswärtigen Amt geprüft und dann mit dem Bundesamt für Ausfuhr, dem BND und dem betreffenden Unternehmen koordiniert. Es folgt die Antwort an das US-Außenministerium, natürlich wieder via Non-Paper.

Dafür kann man viele Beispiele anführen, z. B. Dual-Use-Güter der Firma *Deckel-Maho-Gildemeister* (DMG), die Fräsmaschinen für Geschützrohre oder nukleare Zentrifugen nach Karachi, Pakistan, verkaufen wollte. Dieser Export wurde durch die Intervention der US-Amerikaner gestoppt.

Ein anderes Beispiel waren die geplanten Exporte der Firma *Alexander Wiegand GmbH*, die 200 Druckmessumformer nach Schweden liefern wollte. Allerdings klärten die US-Geheimdienste auf, dass Schweden nur Durchgangsland gewesen wäre und der Iran das eigentliche Zielland hätte sein sollen.

Der BND ist also bei der Aufklärung illegaler oder fragwürdiger deutscher Exporte ausgesprochen schwach aufgestellt. Sar-

kastisch könnte man somit anmerken, dass die US-Nachrichtendienste eigentlich die Exportkontrolle deutscher Unternehmen übernehmen, was aus Sicht der Friedensbewegung doch sicher ein sinnvoller und positiver Aspekt ist. Das ist natürlich nur die eine Seite der Medaille, denn viele Interventionen richten sich natürlich gegen legale Exporte, die den US-Amerikanern einfach nicht passen.


In einem Falle ging es um den Export von Scharfschützengewehren in den Iran, der eigentlich legal gewesen wäre, weil es sich nicht um automatische Waffen handelte, doch die USA haben trotzdem interveniert. Kleinere Firmen reagieren bei solchen Eingriffen meist sehr sensibel. Nur in einem Fall hat sich ein großes Unternehmen nicht an die Hinweise der US-Dienste gehalten: Mercedes sollte den Export von Schwerlast-LKW abbrechen, doch sie konnten es sich leisten, die Anfragen des Auswärtigen Amtes einfach zu ignorieren.

Das gravierendste Beispiel war jedoch eine Kooperation von Eon und Intershell, die Erdgasverflüssigungsanlagen an den Iran verkaufen wollten. In diesem Fall ging der US-Botschafter einfach direkt zur Bundeskanzlerin, die dann den Dokumenten nach versprach, „informell" Druck auszuüben, und das mit großem Erfolg: das Geschäft kam nicht zustande.

## Noch mehr Zeugen

Der BND legte im Sommer 1991 eine Studie auf, um die neue Ausrichtung der US-Geheimdienste nach dem Ende des Kalten Krieges zu untersuchen. Schon der Titel dieser Studie ist unmissverständlich: „Verstärkung der wirtschaflichen Wettbewerbsfähigkeit der USA durch Nachrichtendienste." Darin findet sich folgende Zusammenfassung: In den USA besteht Einigkeit darüber, dass die amerikanischen Nachrichtendienste in Zukunft durch verstärkte Wirtschaftsaufklärung zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie beitragen sollen. Weiter heißt es, die Vorgänge um die libysche Chemiefabrik in Rakta sowie die Überwachung des gegen den Irak verhängten Wirtschaftsembargos haben gezeigt, dass die *Intelligence Community*, insbesondere die NSA, sehr wohl über Möglichkeiten verfügt, *Competitive Intelligence* zu betreiben. Der BND formulierte daher die Befürchtung, dass die Amerikaner unter dem Deckmantel der Bekämpfung des illegalen Technologietransfers und des Drogenhandels Informationen über legale Geschäfte ausländischer Wettbewerber sammeln und sie politisch zwischen staatlichen Nachrichtendiensten und privaten Sicherheitsfirmen umsetzen. Dabei sitzen in den Sicherheitsfirmen überwiegend ehemalige Geheimdienstmitarbeiter mit ihren Beziehungen, sodass die staatlich erbeuteten Wirschafts- und Konkurrenzspionagedaten Eingang in die Wirtschaftspolitik der USA finden.

## Der Bundesnachrichtendienst (BND)

Wenden wir uns nun dem Bundesnachrichtendienst mit Schwerpunkt technische Aufklärung zu. Der Vorläufer des BND – *Organisation Gehlen* (die *Org*) – wurde 1949 von der CIA übernommen. Weil die CIA aber hauptsächlich menschliche Spionage betrieb, waren die technischen Gegebenheiten weniger relevant. Es wurden in der Folge nur 3 % des Budgets von 1,2 Mio. D-Mark für *Signals Intelligence* (SIGINT) verwendet, das ist ausgesprochen wenig.

Während der Berlin-Blockade 1948 hatte die Organisation Gehlen als einziger westlicher Geheimdienst einen Überblick über die Bedrohungslage für die *Rosinenbomber*. Deswegen wurde sie für die US-Amerikaner interessant. Ab 1956, der Gründung des BND aus der Organisation Gehlen, kam es zum Aufbau einer Kette von Abhörstationen (z. B. das *Ionosphäreninstitut*). In den 1970er und 1980er Jahren folgten massive finanzielle Investitionen für die Optimierung der Inlandsstationen zur Aufklärung, wobei schon ab Anfang der 1960er Jahre Anlagen am Schwarzen Meer, in der Türkei, in Taiwan und auch beim Schah in Persien/Iran in Betrieb genommen wurden, oft auch als Joint Ventures.

Ab ca. 1982 war laut BND-Bericht die technische Aufklärung dann zur tragenden Säule geworden. 50 % des Budgets wurde für die technische Beschaffung verwendet. Ein geheimer Jahresbericht über die fernmeldetechnische Aufklärung aus dem Jahre 1984 besagte, dass 650.000 militärische Meldungen abgefangen worden sind, aber nur 119.000 davon vom BND in Eigenregie. 145.000 bekam er über den Austausch mit Großbritannien und den USA, 95.000 wiederum in Zusammenarbeit mit Österreich, Südafrika, Israel und der Schweiz. Ein weiterer *Datenverbund* aus USA, Taiwan und Großbritannien erspähte nochmals 286.000 Meldungen.

**Erich Schmidt-Eenboom**

**Erich Schmidt-Eenboom** ist Journalist, Publizist und Leiter des *Forschungsinstituts für Friedenspolitik e. V.* Er publizierte kritisch über den Bundesnachrichtendienst (BND) und wurde längere Zeit auch von diesem überwacht.

Der Jahresbericht bezeugte zudem, dass der BND auch diplomatische Verkehre ausspäht, was sich in 304.000 diesbezüglichen Meldungen niederschlug. Weiterhin sind auch die sogenannten „Gelbstrichmeldungen" interessant, die anzeigen, dass der Schutz kryptographisch gesicherter Meldungen ausgehebelt werden konnte. Das machte der BND aber nicht allein, sondern er kooperierte mit dem Schweizer Unternehmen Crypto AG, das neutral und unabhängig wirken sollte, aber vollständig von Siemens und dem BND kontrolliert worden ist.

An dieser Stelle kann man die starke Prognose wagen, dass es wohl keine deutsche Verschlüsselung geben wird, die nicht BND-kompromittiert ist.

## Althergebrachte Arbeitsweisen

Im Übrigen gab es nie Druck zur Kooperation aus den USA oder aus Großbritannien. Immer hat der BND sich angeboten und „gebaggert", um in den Verbund der Amerikaner und der Briten aufgenommen zu werden. Nach Jahrzehnten rückte der BND endlich in den vorderen Bereich der *Third parties*, und im Jahre 1988 durfte er sogar als Juniorpartner in die US-Abhörbasen Bad Aibling und Gablingen einziehen. Später wurden diese Stützpunkte ganz vom BND übernommen, was ihn in der Folge an die technologische Weltspitze katapultierte.

Aber auch die Spionageausrichtung des BND ist schon seit langem ebenso gegen westliche Partnermächte gerichtet. Bereits in den 1960er Jahren formulierte der schon erwähnte Reinhard Gehlen, dass angesichts der wachsenden Konkurrenz zwischen westlichen Industrienationen genau dort ein völlig neuer Aufklärungsschwerpunkt liegen müsse. Folglich rangierten in den 1980er Jahren sowohl die USA als auch Großbritannien mit Priorität 2 (von 6) in der BND-Zielausrichtung fast ganz oben, insbesondere in Hinsicht auf ihre Außen-, Nuklear- und Europapolitik.

Die Überraschung der Politk, dass der BND nun auch die existierende Infrastruktur anzapft, ist tatsächlich nichts wesentlich Neues. Schon im Jahre 1953 wurde das erste (Ost-)Seekabel durch die Organisation Gehlen angezapft. In den 1970er Jahren dann wurde ein Großteil des Mittelmeerverkehrs direkt abgegriffen, denn dieser landete an der spanischen Mittelmeerküste und wurde dann über eine Richtfunkstrecke nach Portugal und dann wieder per Kabel nach Großbritannien, West-Afrika und in die USA weiterverteilt. In dieser Funkstrecke hatte der BND die Station *Eismeer* installiert und dadurch Vollzugriff. Diese *Operation Delikatesse* existierte nach dem Kalten Krieg bis zum Jahre 1992 und wurde dann unter großem Widerstand des BND stark reduziert an die spanischen Dienste übergeben. Aktuell werden ca. 200 Seekabel direkt vom BND überwacht.

Die Kritik an der Kooperation mit den US-Partnerdiensten greift ebenfalls zu kurz, denn seit 1985 ist auch die Volksrepublik China direkter Kooperationspartner, z. B. bei Abhöranlagen im Pamir. Das muss man im Hinterkopf haben, wenn in öffentlichen Reden vor der (Wirtschafts-)Spionage durch die Chinesen gewarnt wird. Der Deal ist immer der gleiche: der BND liefert die Technik (Siemens sowie Rohde & Schwarz), die Chinesen hören ab, und beide teilen sich die Erkenntnisse.

## Der britische Geheimdienst: *Government Communications Headquarters* (GCHQ)

Der britische Geheimdienst GCHQ hat lange Zeit in der öffentlichen Berichterstattung ein Schattendasein gefristet, was direkt mit dem Konzept der *DA-Notice (Defence Advisory Notice)* oder *Defence Notice (D-Notice)* im britischen Presserecht zu tun hat. Die Regierung kann bezüglich bestimmter Themen aus Gründen der „nationalen Sicherheit" auf den *Official Secrets Act* verweisen und Berichte darüber auf diese Weise unterdrücken.

Die britischen Geheimdienste haben ein Budget von ca. 2,3 Mrd. Euro, wobei ein Großteil davon direkt dem GCHQ und seinen 6.000 Mitarbeitern zugute kommt. Es gibt Spekulationen über weitere finanzielle Hilfen durch die US-Amerikaner, auf jeden Fall bekommt der GCHQ aber sehr viele technische Geschenke von ihnen, sodass man schon von einer Filiale der NSA sprechen kann.

Lange Zeit war Großbritannien stolz auf die Investitionen in die Verzahnung von Geheimdiensten und Privatwirtschaft nach dem Modell der USA, doch aktuell will man davon nichts mehr wissen. Grund dafür sind die enhüllten GCHQ-Ausspähungen des G20-Gipfels, vieler Überseeglasfaserkabel oder des Internetproviders Belgacom, Versorger diverser EU-Institutionen.

Bislang gibt es in Großbritannien jedoch nur Kritik vom Guardian, die restliche Medienlandschaft betreibt eine gnadenlose Rechtfertigungsoffensive. Der GCHQ sagt natürlich von sich selbst, er führe keine Massenüberwachung durch, glaubwürdig sind solche Behauptungen jedoch nicht. Doch die Strategie geht noch tiefer: Die britische Regierung vertritt öffentlich die Position, verschlüsselnde US-Firmen seien Komplizen der Terroristen und der organisierten Kriminalität, doch diese Empörung ist nur vorgespielt, damit z. B. der *Islamische Staat* und andere die Systeme auch nutzen. Der Zugriff erfolgt dann durch die Hintertür in Kooperation mit den Firmen.

## Abschluss

Leider gibt es auch keinen Grund für Optimismus, denn alle Geheimdienste setzen aktuell darauf, dass im Jahre 2015 und danach andere Medienthemen von der hier besprochenen Problematik ablenken und nur noch die Fachwelt – wie vorher auch – kritisch darüber reflektiert.

Man muss sich immer vor Augen halten, dass Nachrichtendienste niemals nur Sammler sind, sondern immer auch Jäger. Der BND liefert z. B. Grundlagen für illegale Entführungen, Folterflüge und Drohnenmorde, die *Operation Mustang* unterstützte beispielsweise die Regierung Nepals gegen die Maoisten, was zu Verhaftungen und (Selbst-) Morden führte, die Afghanen wurden u. a. durch die Lieferung von Handytracking-Technik unterstützt, und auch die NSA bekam diese Daten; die PKK wurde für gezielte Tötungen ausgeforscht und so weiter und so fort. Der BND tut all dies oft nicht direkt, sondern über Umwege, eben im Geheimen.

Wir Deutsche dürfen derartige Aktionen nicht nur nicht selber machen, sondern wir dürfen auch nicht mitmachen, sonst sind

wir eben Komplizen. Das betrifft auch Siemens China, die Überwachungstechnik via Abu Dhabi in den Iran verkaufen wollten. Nur weil die Briten darauf hinwiesen, stoppte die Bundesregierung den Deal widerwillig. Viele Nachrichtendienste von Diktaturen (von Sudan bis Oman) hätte ihre Fähigkeiten ohne Deutschland und die mitwissenden deutschen Regierungen überhaupt nicht. Unser Vorteil in Deutschland – im Gegensatz zum angelsächsischen Raum – ist die Risikoaversion des BND, denn er lässt sich alles vom Bundeskanzleramt absegnen. Zumindest in Deutschland existiert also kein „tiefer Staat", die Dienste sind nicht außer Kontrolle. Natürlich erschafft das Wissen des Bundeskanzleramtes noch lange keine Rechtsgrundlage und umreißt das politische Problem.

Dass wir nun durch Snowden eine derartige Aufmerksamkeit haben, ist der Masse und Unabstreitbarkeit der Dokumente zu verdanken, denn viele Einzelheiten waren der Fachwelt schon bekannt. Die öffentliche Diskussion ist also der eigentliche Verdienst Snowdens.

Wenn diese Geheimstrukturen gebrochen werden sollen, müssen viele Personengruppen am gleichen Strang ziehen. Medien müssen sich weniger auf Skandale und „große" Persönlichkeiten, als auf tiefergehende Berichterstattung konzentrieren; Auslandsjournalisten dürfen nicht mehr direkt dem BND zuarbeiten, wie es leider aktuell oft der Fall ist; und nicht zuletzt könnte auch die Technikergemeinde massiv Gegenaufklärung betreiben.



FIfF-Konferenz 2014

# Das trojanische Pferd *Terrorismus*

## Zusammenfassung des Vortrags von Anne Roth

Angesichts der Errichtung des *Islamischen Staates* im Nordwesten des Iraks und Syriens ist das Thema Terrorismus wieder näher in die Berichterstattung gerückt. Als wohlbekannter Propagandabegriff wird er immer wieder benutzt, um Grundrechte zu verändern. Dabei ist meist unklar, was mit dem Begriff *Terrorismus* tatsächlich gemeint ist.



Die Bundeszentrale für politische Bildung bezeichnet Terrorismus als Mittel der unterdrückten Klasse, die herrschende Schicht unter Druck zu setzen. Wer gerade als Terrorist bezeichnet wird, dies variiert meist je nach Dekade und auch nach politischem Interesse der Regierenden. Per dieser Definition handelt es sich meist um Minoritätengruppen, die eine Überreaktion der Herrschenden verursachen möchten. So galt die damalige *Rote-Armee-Fraktion* in den 70ern als gewaltbereit, und sie konnte aufgrund der Schwere der Anschläge die Sympathie der Bevölkerung nicht auf sich ziehen. Somit zeigt sich an den unterschiedlichen Vereinigungen (ETA, Hamas), dass sie mittels Anschlägen und medienwirksamen Taten politische Ordnungen verändern und einen strukturellen Wandel hervorrufen möchten. Inwiefern sie jedoch als Freiheitskämpfer, Revolutionäre, Opfer oder Terroristen bezeichnet werden, hängt davon ab, wer die Definitionsmacht besitzt und sie auch ausführen kann.

### Der 11. September als Blaupause

Interessant ist dabei ebenfalls, dass terroristische Aktivitäten erst seit dem 11. September 2001 als Straftatbestand gelten. Nach Ansicht der UN handelte es sich beim 11. September um Terrorismus, da unschuldige Menschen getötet wurden, aus dem einfachen Grund, zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein. Brigitte Zypries, die damalige Justizministerin, bezeichnet 9/11 nicht als Terrorakt, da die Vereinigten Staaten nicht in ihrem Bestand gefährdet wurden. Verwirrung gibt es auch über die statistische Erfassung der Fälle. EU-weit wurden bisher 7 Tote durch Terroranschläge registriert, doch ist unklar, ob diese Anschläge terroristisch oder politisch einzuordnen sind. Auch die Heraushebung einzelner Personenmerkmale wird dabei immer wieder herangezogen, um Kausalketten schlüssig manipulieren zu können. So spielen Religionszugehörigkeit und Nationalität meist eine größere Rolle als Veganismus, linke politische Einstellung oder Aktivismus im Anti-Atom-Bereich. Seit den Anschlägen des 11. September wird daher Terrorismus meist der Gruppe der muslimischen Männer zugeschrieben, obwohl gerade auf dem europäischen Kontinent dieser Begriff viel weiter gefasst werden müsste. Ob Frankreich,

**Anne Roth**

**Anne Roth** ist Politologin, Netzaktivistin und Bloggerin. Ihre Beschreibungen der persönlich erlebten (zweifelhaften) Überwachung und der (später aufgehobenen) Verhaftung ihres Partners sowie ihre Arbeiten zu Terrorismus und den Ämtern für Verfassungsschutz sorgten für Aufsehen. Sie arbeitete für das *Tactical Technology Collective* und ist Referentin im NSA-Untersuchungsausschuss.